

## Grundzüge und Ergebnisse der Bündnispolitik der Chilenischen Linken 1970–1973

Urs Müller - Plantenberg

Auf den ersten Blick scheint kein Zweifel daran zu bestehen, daß die Unidad Popular in Chile im wesentlichen daran gescheitert ist, daß es ihr nicht gelang, die in diesem Land relativ breiten Mittelschichten durch großzügiges Verhalten ihnen gegenüber an sich zu binden und sie für den zu erwartenden Kampf gegen den Imperialismus, die Großbourgeoisie und die Landoligarchie zu gewinnen. Schon eine oberflächliche Betrachtung einiger historischer Situationen scheint alle weitere Beweisführung in dieser Richtung überflüssig zu machen. Sehen wir uns etwa an, wie die Kräftekonstellation zu Anfang und zu Ende der Regierungszeit der Unidad Popular war und wie sie heute ist.

Der Kandidat Allende gewann die Präsidentschaftswahlen vom 4. September 1970 nur mit relativer Mehrheit bei knappem Vorsprung vor dem Kandidaten der Rechten, Jorge Alessandri. Zu seiner Bestätigung bedurfte er noch der Zustimmung des Kongresses. Die Christdemokratische Partei, gemeinhin neben den Radikalen als die große Partei der Mittelschichten betrachtet, hatte zu entscheiden, ob sie die Präsidentschaft Allendes akzeptieren oder mit alten Traditionen brechen wollte. Ihr Kandidat Radomiro Tomić hatte den Präsidentschaftswahlkampf mit einem Reformprogramm geführt, das an Radikalität nur wenig hinter dem Allendes zurückblieb. Jetzt war der linke Flügel der Partei stark genug, gegen die Zusicherung bestimmter in der Verfassung festzulegender Garantien, die dem Programm der Unidad Popular nicht widersprachen, die ganze Christdemokratie auf die Zustimmung zur Präsidentschaft Allendes festzulegen. Der von faschistischen Gruppen begangene Mord am Oberbefehlshaber des Heeres, General Schneider, tat ein übriges, um die an bürgerlich-demokratischen Traditionen orientierten Mittelschichten für den Kandidaten einzunehmen, dem die relative Mehrheit bei den Wahlen zugefallen war.

Das erste, was die mittleren und kleinen Unternehmer, die Händler und Handwerker, Ärzte und Architekten, die Angestellten der Banken und des Staates, Lehrer und Professoren, Mittel- und Kleinbauern jetzt taten, war, das Programm der Unidad Popular, das sie so sehr gefürchtet hatten, erst einmal genau zu lesen. Und sie entdeckten, daß es so schlimm gar nicht war, wie sie es sich vorgestellt hatten. Im Gegenteil, das Programm richtete sich eindeutig gegen die imperialistischen Konzerne, die inländischen Monopole und den Großgrundbesitz. Die Mittelschichten konnten eigentlich bei einer konsequenten Durchführung des Programms nur gewinnen. Die Angestellten durften für sich eine wesentliche Anhebung ihrer Gehälter erwarten, von der auch die so lange vernachlässigten Soldaten und Offiziere nicht ausgespart bleiben sollten. Für die Selbständigen und Kleinunternehmer in Stadt und Land sollten die Kredite reichlicher und weniger bürokratisch fließen. Die

Unternehmer und Händler würden durch die infolge der Senkung der Arbeitslosigkeit und Erhöhung der Einkommen gesteigerte Nachfrage auch bei einer Senkung der Inflationsrate ihre Gewinne machen können. Und auch der erleichterte Zugang zu Oberschulen und Universitäten käme zuerst und vor allem den aufstiegsbewußten Söhnen und Töchtern aus den Mittelschichten zugute.

Und tatsächlich. In den ersten Monaten der Regierung der Unidad Popular konnten sich die Mittelschichten kaum beklagen. All ihre Wünsche schienen in Erfüllung zu gehen. Die Regierung handelte schnell und entschlossen und genoß große Autorität. Die Opposition, bestehend vor allem aus Christdemokraten und Nationalen, war unter sich uneinig, zerstritten, schien am Boden zerstört. Die Agrarreform wurde erheblich beschleunigt, die Enteignung strategisch wichtiger Industriemonopole begann, die Nationalisierung des Großkupferbergbaus wurde vorbereitet, und mit dem Ankauf von Bankaktien über dem Tageskurs brachte die Regierung den weit überwiegenden Teil des Bankenapparats unter die Kontrolle des Staates. Bei den Gemeindewahlen vom April 1971 gewannen die Parteien der Unidad Popular eine ganz knappe Mehrheit der Stimmen und steigerten damit ihren Anteil um mehr als 13 Prozent. Der Aufstieg der Unidad Popular schien unaufhaltsam.

Wie anders die Situation in den Monaten Juli, August, September des Jahres 1973. Die Führerunternehmer, seit ihrem großen Streik vom Oktober 1972 die Vorhut der Reaktion, sind zum zweiten Großangriff gegen die Regierung angetreten, dieses Mal aber viel besser organisiert. Der Streik wird unterstützt durch Hunderte von Terror- und Sabotageakten, Überfällen, Attentaten. Die Verbände der Bankangestellten, Einzelhändler, Ärzte schließen sich zeitweilig oder auf unbestimmte Zeit dem Streik an. Wer dabei nicht mitmacht, wird mit gnadenlosem Haß verfolgt. Faschistische Trupps drohen offen mit einem neuen „Djakarta“. Die Opposition, einig in ihrem Bestreben, die Regierung sobald wie möglich zu stürzen, fordert im August die Streitkräfte auf, sich zwischen Regierung und Parlament zu entscheiden. Aber die Armee, deren Vertreter zur selben Zeit noch selbst in der Regierung sitzen, ist schon von sich aus tätig geworden. In überfallartig organisierten Razzien werden Fabriken, Wohnungen, Partei- und Gewerkschaftslokale der Linken von Soldaten mit geschwärtzten Gesichtern nach Waffen durchsucht, fast immer ohne Erfolg.

Die Regierung Allende ist in einer verzweifelten Situation. Sie versucht, unterstützt und begleitet von den guten Wünschen des Kardinals Silva Henriquez, den Dialog mit den Christdemokraten, der schon so oft gescheitert war. Auch dieses Mal lassen sich die Christdemokraten zunächst auf Verhandlungen ein, um sie dann abzubrechen und damit die Regierung praktisch zum Abschluß freizugeben. Die Taktik des Ex-Präsidenten Eduardo Frei zielt auf den Militärputsch, der ihm erneut die Präsidentschaft sichern soll.

Die Arbeiter haben sich in den Industriegürteln der großen Städte organisiert. Zusammen mit der armen Bevölkerung der Slums haben sie die Gemeindegremien gegründet. Diese Organisationen sind wichtig und nützlich für den täglichen Klassenkampf, für die Aufrechterhaltung der Produktion und die Sicherung der

Versorgung der Bevölkerung gegen Sabotage und Terror. Die Massen, die hinter der Regierung der Unidad Popular stehen oder sie kritisch unterstützen, sind mobilisiert wie nie zuvor.

Am 4. September, zum dritten Jahrestag der Wahl Allendes, ziehen 800 000 Leute über die Straßen von Santiago und fordern „poder popular“ – Volksmacht. Aber als das Militär am 11. September zuschlägt, gibt es keine Koordination keine politisch-militärische Organisation, die in der Lage wäre, den Streitkräften etwas entgegenzusetzen. Dem Imperialismus und der Bourgeoisie ist es gelungen, die Mittelschichten und die Armee für sich einzusetzen. Das Proletariat ist isoliert.

Das ist aber noch nicht das Ende der Geschichte. Heute, im April 1974, ist die politische und wirtschaftliche Situation der Mittelschichten in Chile schlechter als je. Die Inflation zerstört die Kaufkraft der abhängigen Werktätigen schneller als je zuvor, ohne daß ihnen ein angemessener Gehaltsausgleich gewährt wird. Im Gegenteil werden die Angestellten des öffentlichen Sektors in eine einheitliche Gehaltskala gezwängt, die für sehr viele direkte Einbußen des Realeinkommens bedeutet. Die angesichts hoher Arbeitslosigkeit und steigender Preise stark nachlassende Nachfrage läßt viele mittlere und kleine Unternehmen ohne Abnehmer für ihre Produkte, viele Händler ohne Käufer. Die Konkurse häufen sich. Gegen die Konkurrenz der einheimischen Monopole und der imperialistischen Konzerne, deren Macht zurückgedrängt schien und jetzt voll wiederhergestellt wird, besteht für viele von ihnen keine Chance. Die bürgerlich-demokratischen Freiheiten, von den politischen Repräsentanten der Mittelschichten oft als deren historische Errungenschaft gefeiert und gegen die Regierung Allende bis zum Letzten ausgenutzt, sind von der Militärjunta mit einem Federstrich beseitigt worden. Aber nicht nur das, die politischen Organisationen, durch die sich die Mittelschichten vertreten fühlten, die Christdemokratische Partei und die verschiedenen Fraktionen, in die sich die Radikale Partei gespalten hat, sind auf unbekannte Zeit zur absoluten politischen Abstinenz verurteilt. Wo sich jemand dagegen auflehnt, erfährt er dieselbe Verfolgung wie die Anhänger der Linken, die zu vielen Tausenden ermordet, eingekerkert, aus ihren Arbeitsstellen geworfen oder aus dem Land vertrieben worden sind. Wollten die Christdemokraten politische Arbeit leisten, so müßten sie das im Untergrund tun, auf den sie aber im Unterschied zur Linken nicht vorbereitet sind.

Die gesamte chilenische Linke ist sich einig darüber, daß es heute die taktische Hauptaufgabe ist, ein möglichst breites antifaschistisches Bündnis zu schaffen. Und es scheint, daß sie in dieser Hinsicht vom Erfolg nicht weit entfernt ist. In kurzer Zeit hat die Junta geschafft, wozu die Unidad Popular offensichtlich nicht in der Lage war: die großen Massen der Bevölkerung in der Gegnerschaft zu Faschismus, Imperialismus und Großbourgeoisie zu einigen.

Die Schlußfolgerungen aus dieser Beschreibung dreier wichtiger Etappen des chilenischen Prozesses scheinen - um es zu wiederholen: auf den ersten Blick - nur allzu klar zu sein: Die Linke und die Christdemokratie, das Proletariat und die Mittelschichten sind in der Zeit der Regierung der Unidad Popular systematisch auseinandergetrieben worden. Es ist dann kein großes Problem mehr, nach dem

Schuldigen zu suchen: die „Hitzköpfe“, „Extremisten“, „Ultras“ auf beiden Seiten des politischen Spektrums haben ein breites Klassenbündnis „aller, die den Wandel wollen“, verhindert bzw. zerstört und damit die wesentlichen Errungenschaften, die die Regierung der Unidad Popular erreicht hat, infragegestellt und schließlich zunichte gemacht.

Es lohnt, sich mit dieser These auseinanderzusetzen, nicht nur weil sie auf den ersten Blick einleuchtet, weil sie kurz und knapp ist, weil sie deshalb wirkungsvoll ist, sondern auch, weil sie einflußreich ist, weil sie von breiten Kreisen der europäischen und lateinamerikanischen Linken und Mitte vertreten wird, weil sie in gefährlicher Weise dazu einlädt, dasselbe immer wieder zu versuchen, was in Chile auf so grausame und kostspielige Weise gescheitert ist.

Unsere These ist, daß die bis hierhin aufgezeigte Interpretation nicht nur oberflächlich ist, sondern auch an wesentlichen Punkten auf einer falschen Analyse aufbaut, die für die politische Praxis verheerende Folgen gehabt hat.

Um jedes Mißverständnis von vornherein auszuschalten, müssen aber zwei Bemerkungen vorangeschickt werden:

Erstens werden Imperialismus und Bourgeoisie niemals unbeteiligt zusehen, wenn sich das Proletariat anschickt, auch nur einen Teil der politischen und wirtschaftlichen Macht zu erobern, sondern im Gegenteil alles daran setzen, um jeden sich ergebenden Widerspruch bis zum Letzten auszunutzen. Das Vertrauen darauf, daß Imperialismus und Bourgeoisie sich in einer solchen Situation an irgendwelche gesetzten Spielregeln halten werden, kommt Selbstmord gleich.

Zweitens aber werden die Arbeiterklasse und die politischen Parteien, die sie vertreten und führen, nie etwas Dauerhaftes erreichen, wenn sie es nicht schaffen, ein Bündnis mit anderen Klassen und Schichten zu schließen und andere politisch zu neutralisieren. Wer die Arbeiterklasse von vornherein isoliert in den Kampf schicken will, führt sie in den sicheren Untergang. Es geht im folgenden keineswegs darum, die Notwendigkeit einer Bündnispolitik infragezustellen, im Gegenteil. Die Frage, die sich stellt, richtet sich allein auf den Charakter, den Inhalt, die Formen und Methoden der Bündnispolitik der Unidad Popular.

Der erste zentrale Punkt, an dem wir mit der gängigen Analyse des chilenischen Prozesses nicht übereinstimmen können, bezieht sich auf die soziale Basis der Unidad Popular und ihre Verbreiterung in der Anfangsphase. Gewöhnlich wird davon ausgegangen, daß die Unidad Popular in sich ein Klassenbündnis zwischen dem Proletariat und den fortschrittlichsten Kräften des Kleinbürgertums repräsentiert habe. Ausdruck dieses Klassenbündnisses sei die Koalition zwischen proletarischen Parteien (Sozialisten, Kommunisten und in zunehmendem Maße auch der MAPU) und kleinbürgerlich-demokratischen Parteien (Radikale, Sozialdemokraten und Unabhängige Volksaktion, später auch die Christliche Linke) gewesen. Nach den Erfolgen der ersten Monate habe sich die soziale Basis ganz wesentlich in die Mittelschichten hinein verbreitert, was zu dem großen Wahlerfolg bei den Gemeindewahlen vom April 1971 geführt habe. Dann aber habe eine die vom Programm gesetzten Grenzen sprengende und das Bündnis mit den Mittelschichten bedrohende Politik und Agitation zu immer stärkeren Rückschlägen geführt und die Unidad

Popular von der politischen Unterstützung durch die Mittelschichten getrennt.

Diese Interpretation hält einer genaueren Analyse in fast keinem wichtigen Punkt stand. Sicher ist richtig, daß in der Führung der Unidad Popular das kleinbürgerliche Element sehr stark vertreten war – übrigens auch zum großen Teil in den proletarischen Parteien. Von da aus läßt sich aber nicht ohne weiteres schließen, daß dasselbe für die soziale Basis der Unidad Popular galt. Eine genaue Analyse der Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen von 1970 in den einzelnen Gemeinden zeigt im Gegenteil, daß der Stimmenanteil Allendes

1. sehr eng mit dem Anteil der Berg- und Industriearbeiterschaft korrelierte, und
2. fast überall nur in sehr geringem Ausmaß den Stimmenanteil der marxistischen Parteien aus den Parlamentswahlen von 1969 übertraf.

Die geringe Wählerzahl, die die kleinbürgerlich-demokratischen Parteien 1970 in die Unidad Popular einbrachten, genügte zwar, um Allende seinen kleinen Vorsprung vor Alessandri zu sichern, aber sie konnte in keinem Fall als Grundlage eines breiten Klassenbündnisses zwischen Proletariat und Mittelschichten interpretiert werden.

Es ist aber auch falsch, anzunehmen, daß dieses Klassenbündnis im ersten halben Jahr der Unidad Popular entstanden wäre. Die Mittelschichten hatten 1970 vor allem Tomic, aber auch Alessandri gewählt. Die Gewinne der Unidad Popular in den Gemeindewahlen vom April 1971 kamen nun fast überhaupt nicht aus diesen Mittelschichten. Wahlanalysen, Gemeinde für Gemeinde, haben vielmehr gezeigt, daß

1. die meisten Stimmengewinne innerhalb der Unidad Popular der eine sehr konsequente linke Politik befürwortenden Sozialistischen Partei zukamen, daß
2. der Hauptverlierer gegenüber den Präsidentschaftswahlen die Rechte war, während sich die Christdemokratie weitgehend halten konnte, und daß
3. die Gewinne der Linken dort am größten waren, wo die subproletarischen, armen Schichten in Stadt und Land am stärksten vertreten waren.

Es ergibt sich so, daß das Werben der Unidad Popular um die *politische* Unterstützung der Mittelschichten von Anfang an kaum Erfolg hatte. Wohl aber konnte sie ihre politische Basis zu Anfang ganz wesentlich dadurch erweitern, daß – vor allem infolge der Senkung der Arbeitslosigkeit und der Anhebung auch der niedrigen Einkommen - auch Schichten zu ihr fanden, die bisher in starker ökonomischer und politischer Abhängigkeit von den Reichen des Landes gelebt hatten. Diese Schichten, aufgrund der spezifischen Entwicklung des abhängigen Kapitalismus aus dem Produktionsprozeß herausgedrängt oder erst gar nicht in ihn eingegliedert, machen in Chile insgesamt sicher mehr als ein Viertel der Bevölkerung aus. Ihnen gegenüber hat die Unidad Popular praktisch nie ein klares Bündnis-konzept entwickelt. Sie hat ihnen vielmehr kurzfristig die Linderung ihrer Not, langfristig die Eingliederung ins Proletariat angeboten. Sie kamen zur Linken, weil sie gewohnt waren, sich auf die Seite dessen zu schlagen, der stärker schien, und sie blieben bei der Linken, weil sich die Angriffe der Rechten gegen die Regierung später unmittelbar auch gegen ihre eigenen verbesserten Lebensbedingungen richteten. Aber in der auf die Interessen des fortgeschrittenen Industrieproletariats zugeschnittenen Klassenanalyse der marxistischen Parteien – und besonders der Kommunistischen Partei – hatten sie

keinen Platz. Hier wurden Proletariat und Bourgeoisie im Kampf um die Mittelschichten einander gegenübergestellt. Und doch hatte die Unterstützung der Unidad Popular durch die subproletarischen Schichten politische Bedeutung, und zwar in zweierlei Hinsicht: Erstens sicherten sie ihr die für die Legitimation innerhalb des bürgerlich demokratischen Rahmens notwendige Massenbasis, und zweitens wurde auf diese Weise die Rekrutierung lumpenproletarischer Hilfstruppen für die Rechte wesentlich erschwert.

Zweifellos sind nun aber die eigentlichen Mittelschichten strategisch von viel größerer Bedeutung, weil sie, wenngleich vielfach isoliert und atomisiert, einen großen Teil des Systems der Produktion und Verteilung kontrollieren, und nur, solange diese Macht nicht gegen die Regierung eingesetzt wurde, konnte die Unidad Popular hoffen, politische und wirtschaftliche Erfolge zu erringen.

Allende und die Führer der Kommunistischen Partei haben zunächst darauf gesetzt, die Mittelschichten durch ein Bündnis mit bürgerlichen Parteien politisch zu kontrollieren. Aber die Parteien, die dafür in Frage kamen, fielen schon sehr bald für diesen Zweck aus. Der MAPU, 1969 als Abspaltung von der Christdemokratischen Partei entstanden, machte sehr schnell einen Prozeß der Proletarisierung durch und konnte schon kurz nach den Präsidentschaftswahlen als eine im Kern marxistische Partei betrachtet werden, obwohl Allende und der kommunistische Senator Volodia Teitelboim bis zum Ende der Unidad Popular keine Gelegenheit verstreichen ließen, den MAPU als eine christliche Gruppe zu charakterisieren. Die Radikale Partei auf der anderen Seite wurde als Folge ihres Bündnisses mit Kommunisten und Sozialisten bald so gespalten und dezimiert, daß man auf ihre Restbestände nicht mehr recht stolz sein konnte. Was blieb, waren vor allem Staatsfunktionäre, Lehrer und einige Freiberufliche, zu wenig, um darauf ein funktionierendes Klassenbündnis zu bauen.

So richteten sich aller Augen auf den linken Flügel der Christdemokratischen Partei, die um die Mitte des Jahres 1971 begann, sich der Rechten taktisch zu nähern und bei Parlamentsnachwahlen mit ihr gemeinsame Kandidaten aufzustellen. Tatsächlich trat der linke Flügel aus der Partei aus und gründete, zusammen mit einigen christlich orientierten Führern des MAPU die „Christliche Linke“, von der man sich jetzt die politische Bindung der Mittelschichten an die Unidad Popular versprach. Aber auch hier ging die Rechnung nicht auf. Die Christliche Linke blieb eine Gruppe von – sehr befähigten – „Offizieren ohne Truppe“, radikalisierte sich sehr schnell, und zum Erstaunen oder gar Entsetzen Allendes und der kommunistischen Führer suchte sie ihre Massenbasis nicht bei den Mittelschichten, sondern bei den Armen in den Slums der großen Städte oder auf dem Lande. Sie konkurrierte hier mit dem MIR, der mit seiner Haltung der kritischen Unterstützung für die Unidad Popular viel eher eine Basis bei Studenten, Landarbeitern, armen Bauern und Slumbewohnern fand als beim Industrieproletariat, in das er erst sehr spät Eingang fand.

Die einzige politische Gruppe, die eine Zeit lang einen Sektor der Mittelschichten authentisch innerhalb der Unidad Popular vertrat, war die von den Senatoren Alberto Baltra und Louis Bossay geführte Fraktion der Radikalen Partei, die

sich Mitte 1971 von der Partei trennte und – ironischerweise unter dem Namen „Partei der Radikalen Linken“ (PIR) – eine eigene Organisation schuf.

Obwohl der PIR keinerlei organisatorische Stärke und keine wirkliche Massenbasis hatte, ist die Beobachtung seiner Wandlung höchst aufschlußreich, weil er stets nach den Mittelschichten schiele und sich nach dem Winde drehte. So spiegelt sich in seiner *politischen* Linie gegenüber der Unidad Popular ganz klar das *wirtschaftliche* Verhalten der Mittelschichten: bis Mitte 1971 loyale Zusammenarbeit, dann vorsichtige Distanz, ab Anfang 1972 zunehmende Obstruktion, schließlich ab April 1972 offene Opposition, die ab September 1972 in Sabotage und direkten Angriff gegen die Unidad Popular übergeht.

Die Zeit Ende März/Anfang April ist denn auch ein Schlüsseldatum, weil sie einige für die Bündnispolitik bedeutsame Entscheidungen markiert. Die christdemokratischen Senatoren Hamilton (vom rechten Flügel der Partei) und Fuentealba (vom gemäßigten linken Flügel) hatten schon Ende 1971 ein verfassungsänderndes Projekt im Kongreß eingebracht, das die Grenzen der drei Wirtschaftssektoren – öffentlich, gemischt und privat – gemäß den Wünschen der Christdemokraten und entgegen dem Programm der Unidad Popular gesetzlich festlegen sollte. Allende hatte sein Veto eingelegt, und es war zum Verfassungsstreit darüber gekommen, ob zur Überstimmung dieses Vetos im Kongreß eine einfache oder eine Zweidrittelmehrheit nötig wäre. Verhandlungen über die Möglichkeiten einer Beilegung dieses Verfassungsstreites wurden nun ausgerechnet dem Justizminister Sanhueza vom PIR übertragen, von demselben PIR, der zur gleichen Zeit ein Parteidokument veröffentlichte, in dem die wirtschaftlichen Aussichten des Landes als katastrophal geschildert wurden und dafür nicht etwa die unsichtbare Blockade durch den Imperialismus und der Investitionsboykott der Bourgeoisie, sondern die Regierung der Unidad Popular verantwortlich gemacht wurde, der der PIR selbst (noch) angehörte. Die Verhandlungen wurden von Sanhueza hinter dem Rücken Allendes in einer Weise geführt, die den Präsidenten schließlich zwang, von den Ministern des PIR den Rücktritt zu fordern und ihre entsprechenden Gesuche „mit Vergnügen“ anzunehmen. Mit der Ernennung des Armeegenerals Palacios kündigte sich jetzt bereits die neue Richtung an, die in der Bündnispolitik versucht werden sollte. Heute weiß man aber aus dem Munde des Juntachefs Pinochet, daß dies der erste Moment war, in dem Putschpläne an führender Stelle der Streitkräfte zum ersten Mal systematisch diskutiert wurden. Am 12. April schließlich fand vor den Augen der Weltöffentlichkeit – die UNCTAD tagte zu dieser Zeit in Santiago – die erste gemeinsame große Demonstration der gesamten Opposition statt, der sogenannte „Marsch der Demokratie“. Von jetzt ab verschlechterten sich beständig die Aussichten dafür, die politische Unterstützung wenigstens eines bedeutenden Teils der Mittelschichten für die Unidad Popular zu gewinnen oder sie gar ganz von der Bourgeoisie zu trennen. Fragen wir uns nach den Gründen dafür, daß die überwiegende Masse der Mittelschichten der Unidad Popular ihre politische Unterstützung versagt hat, so muß zunächst festgestellt werden, daß das Programm der Unidad Popular den objektiven Interessen dieser Schichten keineswegs widersprach. Der Kampf gegen die imperialistischen Konzerne, die monopolistische Bourgeoisie und die Landoligarchie lag

zweifellos auch im Interesse eines Großteils dieser Schichten, und das Wahlprogramm von Tomic war in dieser Hinsicht kaum weniger deutlich gewesen als das von Allende.

Die gemeinsame Gegnerschaft zu einem Dritten definiert aber an sich noch kein gemeinsames Projekt. Die Mittelschichten, für sich allein unfähig, ein historisches Projekt zu entwerfen – wie man auch jetzt nach dem Putsch wieder sieht –, sind, was von den Linken weitgehend übersehen wurde, ständig in einer doppelten Frontstellung ängstlicher Defensive. Sie fürchten die Macht der Monopole, aber sie fürchten auch die Macht des Proletariats.

Solange das Proletariat die Machtfrage nicht eindeutig zu seinen Gunsten gelöst hat, solange die Möglichkeit eines Machtwechsels, einer Alternative besteht, werden die Mittelschichten deshalb – wenigstens in ihrer übergroßen Mehrheit – niemals sich einem Bündnis anschließen, das eindeutig von der Arbeiterklasse und ihren politischen Organisationen geführt wird und darauf gerichtet ist, die wirtschaftliche und politische Macht der Bourgeoisie zu beseitigen. Und das war zweifellos der Fall der Unidad Popular. Daran kann die politische Organisation der Arbeiterklasse auch nicht dadurch etwas ändern, daß sie die kurz- und langfristigen Interessen der Mittelschichten so intensiv mitzuvertreten versucht, sich zu ihrem Anwalt macht. Die Mittelschichten werden stets versuchen, ihre relativ privilegierte Situation gegenüber der wachsenden Macht des Proletariats zu verteidigen und in der gegebenen Situation so viel wie möglich für ihre kurzfristigen Interessen herauszuholen. Sicher spielt dabei auch die Verteidigung des bürgerlichen Lebensstils, an dem sich die Mittelschichten orientieren und dem sie nacheifern, eine wichtige Rolle.

Die einzige Möglichkeit für die Arbeiterklasse, die dauerhafte politische Zusammenarbeit mit den Mittelschichten zu sichern, besteht darin, ihnen den entscheidenden politischen Einfluß einzuräumen. Das heißt aber nicht nur auf die Perspektive des Sozialismus verzichten, sondern auch auf einen konsequenten Kampf gegen Imperialismus und Bourgeoisie, weil den Mittelschichten klar ist, daß sie ohne eine Rückendeckung von deren Seite mittel- und langfristig dem Proletariat unterlegen sind. Es heißt im Grunde eine offen reformistische, sozialdemokratische Politik treiben. Diese Alternative wurde der Unidad Popular im Laufe der drei Jahre immer wieder angeboten, von den Christdemokraten, von den verfassungstreuen Militärs, von der Kirche. Und es gab einflußreiche Kräfte innerhalb der Unidad Popular, die einem solchen Weg nicht grundsätzlich abgeneigt waren, die das in der ersten Etappe der chilenischen Revolution Erreichte auf diese Weise absichern wollten. Eine Entscheidung in diesem Sinne hätte aber nicht nur das gesamte Programm der Unidad Popular infragegestellt, sondern auch die Unidad Popular selbst zerstört. Sie hätte, um erfolgreich sein zu können, bedeutet, daß man gegenüber den vorwärtstreibenden, revolutionären Kräften letztlich repressiv hätte vorgehen müssen. Aus all diesen Gründen haben Präsident Allende und die Kommunistische Partei bis zum bitteren Ende gezögert, eine solche Entscheidung zu fällen.

Ein zusätzliches Erschwernis für ein Klassenbündnis zwischen Proletariat und Mittelschichten lag in der Heterogenität des chilenischen Proletariats. Imperialis-



mus, Monopolbourgeoisie und Landoligarchie waren sichtbare, greifbare, konkrete Gegner der fortgeschrittensten, bestorganierten, ökonomisch relativ privilegierten Teile des Proletariats. Das historische Projekt der Unidad Popular war im Grunde das Projekt dieser Schichten innerhalb der Arbeiterklasse. Die Masse der ökonomisch und organisatorisch zurückgebliebenen Schichten des Proletariats und die Armen in Stadt und Land erfuhren die Ausbeutung von ganz anderer Seite, von der mittleren und kleinen Bourgeoisie, von den Mittelbauern, von Händlern und Privatärzten. Für sie hatte der Kampf gegen die Ausbeutung einen ganz anderen, teilweise direkt gegen die Mittelschichten gerichteten Sinn.

Nun ist die Arbeiterklasse nirgends völlig homogen. Um trotzdem eine in sich schlüssige Politik treiben, die Grundlagen eines Klassenbündnisses formulieren zu können, bedarf es eines ständigen Prozesses der Sammlung, Zentralisierung und gemeinsamen Verarbeitung der vielfältigen Erfahrungen, die in den unterschiedlichen Sektoren gemacht werden. Dieser Prozeß war aber in der Zeit der Unidad Popular praktisch nicht vorhanden, weil praktisch keine Instanzen dafür verantwortlich waren. Der Zentrale Gewerkschaftsbund, die CUT, eignete sich nicht dazu, nicht nur weil sie sich vor allem auf ökonomische Probleme konzentrierte, sondern auch weil sie nur einen Teil und zwar den bestorganierten Teil der Arbeiterklasse umfaßte. Die Arbeiterparteien waren zwar jede für sich gezwungen, an einer solchen Zentralisierung der Erfahrungen zu arbeiten. Aber sie organisierten teilweise sehr unterschiedliche Sektoren der Arbeiterklasse, formulierten deshalb, wenn überhaupt, jede ihre eigenen Vorstellungen von Bündnispolitik und standen untereinander in einem Verhältnis der Konkurrenz, das oft genug Züge der bürgerlichen Konkurrenz trug. So wurde denn die konkrete Bündnispolitik im wesentlichen von der Regierung formuliert, ohne daß in ihr die konkreten Erfahrungen des Proletariats direkt zusammengefloßen wären. Die Bemühungen um eine politische Unterstützung der Mittelschichten hatten deshalb zur Folge, daß man den von der Entwicklung vernachlässigten Schichten des Proletariats im Interesse der Klassenallianz auftrug, ihre kurzfristigen Interessen zurückzustellen, Disziplin und Einheit zu bewahren und die Produktion zu steigern, ohne ihre wachsende Kampfbereitschaft auf konkrete Ziele im Bereich ihrer Möglichkeiten zu lenken. Es ist nur zu verständlich, daß diese Schichten vielfach nicht bereit waren, sich unter diesen Umständen einer ihnen abstrakt erscheinenden Disziplin zu beugen, und stattdessen begannen, ihren Kampf gegen die Ausbeuter von sich aus, „autonom“ zu führen.

Um aber auf die Mittelschichten zurückzukommen: Je stärker die wirtschaftliche Macht des Imperialismus und der Bourgeoisie von der Linken bedroht und angeschlagen wurde und je stärker deshalb auch die wirtschaftliche Macht des Staatsapparates wurde, desto größer wurden auch die Angst vor der Macht des Proletariats und der Appetit auf die Herrschaft über den so stark erweiterten Staatsapparat. Die Führer der Verbände und Standesorganisationen haben sich von der Bourgeoisie einreden lassen und dann auch subjektiv ehrlich geglaubt, daß die Macht der Monopole schon so gebrochen sei, daß sie selbst es sein würden, die nach einem Sieg über die Unidad Popular die Herrschaft über den wesentlich erweiterten Staatsapparat antreten könnten.

Wenn aber die Hoffnung auf eine *politische* Unterstützung durch wesentliche Teile der Mittelschichten unrealistisch war, gab es dann keine konkreten Möglichkeiten einer auf die Verbesserung des Kräfteverhältnisses zielenden Politik gegenüber den Mittelschichten?

Unsere These ist, daß die Unidad Popular über dem vergeblichen Versuch, die Mittelschichten politisch für sich zu gewinnen, versäumt hat, sie mit allen Mitteln zu wirtschaftlichem Wohlverhalten zu zwingen und damit politisch zu neutralisieren.

Die Mittel, mit denen man versucht hat, die Mittelschichten politisch für sich zu gewinnen, lassen sich in zwei Worten zusammenfassen: Kauf und Vertrauen. Die führenden Kräfte der Unidad Popular haben ständig und unbeirrt geglaubt, daß die Mittelschichten durch Zugeständnisse in bezug auf ihre kurzfristigen Interessen schließlich doch noch gewonnen werden könnten und daß man diese erhoffte Entwicklung in keinem Falle durch Maßnahmen stören dürfe, die als Zeichen von Kontrolle oder Mißtrauen verstanden werden könnten. Die Mittelschichten haben dieses Verhalten aber nie honoriert, sondern als Zeichen von Schwäche gewertet und die ökonomischen Zugeständnisse als „Abschlagszahlung“ auf einen späteren Machtwechsel zu ihren Gunsten freudig in Empfang genommen.

Die politische Neutralisierung der Mittelschichten gelang auf diese Weise genauso lange, wie die Unidad Popular in der Offensive war und wie der Imperialismus und die Bourgeoisie noch nicht in der Lage waren, ernsthafte wirtschaftliche Schwierigkeiten zu provozieren. Daß dieses ihr Ziel war, ist nie zweifelhaft gewesen. Die auf die Schaffung einer Panik gerichteten Bemühungen des christdemokratischen Wirtschaftsministers Zaldívar nach Allendes Wahl im September 1970 gaben darüber ebenso Auskunft wie die erst später bekanntgewordenen Dokumente der ITT, die nur die sichtbare Spitze eines Eisbergs waren.

Solange nun aber im Jahre 1971 die angesammelten Devisenreserven und die bis dahin ungenutzten Kapazitäten ausreichten, trotz des Investitionsboykotts der Bourgeoisie und trotz der Kreditrestriktionen aus dem Ausland die Produktion wesentlich zu steigern, die Einkommensverteilung zugunsten der Arbeiterklasse und der ärmeren Schichten der Bevölkerung zu erlauben und auch die Mittelschichten auf vielfältige Weise zu begünstigen, solange blieb auch das wirtschaftliche Verhalten der Mittelschichten im Rahmen der von der staatlichen Wirtschaftspolitik gesetzten Spielregeln. Als dann aber, spätestens ab Anfang 1972 die Notwendigkeit einer wie auch immer gearteten Akkumulation zur Sicherung zukünftigen Wachstums immer sichtbarer wurde und sich zur gleichen Zeit – auch durch die für Chile extrem ungünstige Entwicklung der Weltmarktpreise – die Situation in bezug auf Devisen und ausländische Kredite wesentlich verschärfte, da ahnten die Mittelschichten, auf wessen Seite langfristig die stärkeren Bataillone standen.

Die für die Umorientierung der Dynamik des Wirtschaftssystems unbedingt notwendigen staatlichen Eingriffe in das Gefüge der Preise und Löhne, in das freie Spiel von Angebot und Nachfrage, produzierten unter den jetzt gegebenen Umständen immer mehr Engpässe, die leicht zu Spekulationsgewinnen ausgenutzt werden konnten – wenn keine Kontrolle, kein umfassende Planung vorhanden war.

So entwickelte sich jetzt eine Art spekulativer Kapitalismus, zunächst nur am

Rande des von der staatlichen Wirtschaftspolitik bestimmten Sektors, dann aber mit einer steigenden Tendenz, auch diesen allmählich zu durchdringen. Die Mittelschichten waren es, die diesen spekulativen Kapitalismus ganz wesentlich trugen.

Der Augenblick, in dem diese Tendenz für jedermann offensichtlich wurde, fällt zeitlich zusammen mit der oben bereits geschilderten politischen Situation von Ende März/Anfang April 1972.

Die Unidad Popular war gezwungen, auf diese Entwicklung mit einer Anpassung ihrer wirtschafts- und bündnispolitischen Vorstellungen an die neuen Gegebenheiten zu antworten. Eine erste Zusammenkunft der Parteiführer in El Arrayan im Januar 1972 hatte außer der Erklärung des guten Willens, daß man stärker gegen sektiererische und bürokratische Tendenzen ankämpfen wolle, kaum etwas Wesentliches ergeben. Aber auch das zweite Treffen von La Curro Ende Mai/Anfang Juli schien außer einem Wechsel in den Ministerien für Wirtschaft und Finanzen nichts Greifbares zu erbringen. Der unabhängige Wirtschaftsminister Pedro Vuskovic wurde von dem Sozialisten Matus abgelöst, das Finanzministerium ging an den führenden Kommunisten Orlando Millas.

Hinter dieser Personalentscheidung verbarg sich aber der eindeutige Sieg einer bestimmten wirtschafts- und bündnispolitischen Linie innerhalb der Unidad Popular, nämlich der von Orlando Millas, über eine andere, in dieser Situation repräsentiert durch Pedro Vuskovic.

Orlando Millas hatte am 5. Juni 1972 in der kommunistischen Parteizeitung „El Siglo“ geschrieben: „Das Charakteristische der heutigen Konjunktur ist, daß die Kräftekonstellation sich zu ungunsten der Arbeiterklasse und der Volksregierung verschlechtert hat, und zwar wegen politischer und ökonomischer Fehler, von denen wir zusammenfassend sagen können, daß sie Übergriffe über das Programm der Volkseinheit darstellen. Es wäre verhängnisvoll, die Zahl der Feinde zu vergrößern; im Gegenteil müssen Konzessionen gemacht werden.“ Eine Formulierung, die in geradezu klassischer Weise das Konzept einer Bündnispolitik ausdrückt, die sich auf die Methoden des Kaufs und des Vertrauens stützt.

Die andere, in La Curro unterlegene Linie war nicht grundsätzlich gegen Konzessionen oder doch wenigstens sehr klare Garantien an die Mittelschichten, aber unter der Bedingung, daß erstens der Kampf gegen die Monopole beschleunigt und damit die Stellung des öffentlichen Sektors ausgebaut werden sollte, und daß zweitens die Kontrolle des privaten Sektors in Produktion und Verteilung im Rahmen einer weitreichenden Planung wesentlich ausgebaut würde. Da der bürgerliche Staatsapparat für eine solche Aufgabe nicht hinreichend gerüstet und außerdem zum Teil mit Gegnern der Regierung besetzt war, sollte die gesellschaftliche Kontrolle durch die Arbeiter und Konsumenten selbst wesentlich gestärkt und gefördert werden. Schon 1971 waren auf eine Anregung von Vuskovic hin die Vereinigungen für Versorgung und Preiskontrolle (JAP) gegründet worden, deren Befugnisse aber nicht weit genug gingen, um über Teilerfolge hinaus die Spekulation wirksam einzudämmen.

Die neuen Minister Matus und Millas leiteten jetzt eine Politik ein, die vor allem darauf gerichtet war, der Spekulation durch eine Wiederannäherung an das

freie Spiel von Angebot und Nachfrage, d. h. an die Spielregeln des kapitalistischen Marktes zu begegnen, die Finanzen der vielfach mit Verlust arbeitenden staatlich kontrollierten Unternehmen zu sanieren und gleichzeitig den Privatsektor zu beschwichtigen, alles mit dem Ziel, die Kräftekonstellation zugunsten des Proletariats und der Regierung zu verbessern. Gleichzeitig fanden Verständigungsversuche mit den Christdemokraten statt, die aber sehr bald scheiterten, auch weil der PIR sie zu sabotieren verstand.

Die von Matus und Millas gesteckten Ziele waren nur über eine – in jedem Fall notwendige – Neuordnung des Preisgefüges zu erreichen. Das aber war nur möglich mittels eines Systems unterschiedlich starker Preiserhöhungen. Den lohnabhängigen Schichten sollte dann durch einen vorgezogenen Lohnausgleich die Erhaltung ihrer Kaufkraft gesichert werden. Gleichzeitig reagierte die Regierung und einige Parteiführungen außerordentlich empfindlich auf Versuche, Volksmassen jenseits der bis dahin bekannten Organisationsformen und über die Grenzen der Unidad Popular hinaus zu mobilisieren. –

Die Privatunternehmer, Berufs- und Standesorganisationen reagierten auf diese Politik verständlicherweise mit dem Versuch, durch starken Druck bei den Verhandlungen über Preiserhöhungen möglichst viel für sich herauszuholen. Als sich herausstellte, daß mit mehr Druck mehr herauszuholen war, wurde nicht nur klar, daß kein fester, vertrauenerweckender Plan für das Preisgefüge der Zukunft existierte, es zeigte sich auch, daß die Regierung aus einer Position der Schwäche handelte. Dieselbe Politik, die dazu dienen sollte, die Zahl der Feinde zu verringern und Vertrauen zu schaffen, erreichte auf diese Weise nichts anderes als den Druck von allen Seiten zu vergrößern und das Vertrauen in die Sicherheit der Regierung zu zerstören. Allein in den Monaten August bis Oktober 1972 stiegen die Preise um durchschnittlich 72,8 %. Es ist nicht erstaunlich, daß genau in dieser Situation mit dem Führerunternehmerstreik vom Oktober 1972 der erste große Generalangriff auf die Regierung und die Unidad Popular stattgefunden hat, an dem die Masse der Mittelschichten maßgeblich beteiligt war. Mit diesem Frontalangriff war verbunden, daß die Berufs- und Interessenverbände, die sogenannten „gremios“, eine eindeutig politische Funktion übernahmen und die politische Bedeutung der oppositionellen Parteien zurückgedrängt wurde. Das kam auf die Dauer der Bourgeoisie zugute, weil die Mittelschichten über ihre Verbände viel besser von ihr kontrolliert und mobilisiert werden können als über die miteinander konkurrierenden Parteien.

Regierung und Proletariat haben die Kraftprobe vom Oktober 1972 schließlich bestehen können, weil die Arbeiter die Produktion aufrechterhalten konnten und sich zum Schutz der Produktion und zur Sicherung der Verteilung in den Cordones Industriales und Comando Comunales, den sogenannten Organen der „Volksmacht“, organisierten und weil es Allende gelang, die verfassungstreuen Militärs für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu gewinnen.

Mit dem Streik vom Oktober 1972 war die auf die politische Gewinnung der Mittelschichten für das Programm der Unidad Popular gerichtete Bündnispolitik endgültig und sichtbar gescheitert. Zugleich war aber jetzt auch der Zeitpunkt verpaßt, zu dem man noch die Mittelschichten durch gesellschaftliche Kontrolle und

Planung hätte zu wirtschaftlichem Wohlverhalten zwingen und politisch neutralisieren können.

Die politische Lösung, die der Oktoberstreik mit der Aufnahme führender Militärs ins Kabinett fand, mochte auf den ersten Blick als eine Stärkung von Regierung und Unidad Popular erscheinen. In Wirklichkeit wurde aber nur der status quo für eine Weile festgeschrieben, weil die Unterstützung der Militärs gerade davon abhängig gemacht wurde, daß denen, die mit ihrem illegalen Streik fast die Regierung gestürzt hatten, kein Haar gekrümmt wurde. Damit hatte die Regierung – außer den als Schiedsrichter erscheinenden Militärs – nun auch die notwendige Autorität verloren, um sich noch ohne die Hilfe der Militärs gegenüber den Angriffen der Rechten durchsetzen zu können. Imperialismus und Bourgeoisie behielten die Mittel in der Hand, um durch eine Steigerung des bereits bestehenden wirtschaftlichen Chaos die Auseinandersetzung so auf die Spitze zu treiben, daß die kurzfristige Entscheidung zwischen Sozialismus und voller Restaurierung der Macht des Kapitals unausweichlich wurde.

Ab Oktober/November 1972 bestand daher die Bündnispolitik, soweit sie am Programm der Unidad Popular festhielt, nur noch aus Verteidigungsgefechten. Es ging darum, den von der Rechten politisierten „gremios“ regierungstreue Verbände gegenüberzustellen und die Unterstützung durch die Militärs nach Möglichkeit zu halten. Beides gelang, wie man weiß, nur in sehr geringem Umfang. Die Methoden, derer sich die Vertreter der in der Unidad Popular vorherrschenden Linie bedienten, um sich über den Mittelschichten angewandt hatte: materielle Zugeständnisse und ein Vertrauen, das – wenigstens öffentlich – nicht infragegestellt werden durfte.

Die Parlamentswahlen vom März 1973 zeigten, daß die Unidad Popular trotz aller wirtschaftlichen Mißerfolge kaum Verluste an ihrer Wählerschaft gegenüber April 1971 hinnehmen mußte. Wenn ihr Stimmenanteil dennoch von 50 auf 43 Prozent sank, so nur deshalb, weil es der Opposition gelungen war, die Mobilisierung ganz erheblich zu verstärken und die Wahlbeteiligung zu erhöhen.

Mit einer Zweidrittelmehrheit im Kongreß hätte die unter dem Druck und Einfluß der Bourgeoisie stehende Opposition den Präsidenten absetzen und so der Regierung der Unidad Popular ein Ende machen können. Jetzt blieb nur der Weg des Putsches. Zu diesem Zweck wurde das wirtschaftliche Chaos in einer Weise gesteigert, daß in beiden Lagern des Klassenkampfes kein Zweifel mehr daran blieb, daß man seiner nur noch durch rigorose, drastische Maßnahmen entweder im Sinne des sofortigen Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus oder im Sinne der vollen Wiederherstellung des kapitalistischen Marktes und das heißt: der Diktatur der Bourgeoisie Herr werden konnte. Weder die Masse der Mittelschichten noch die große Mehrheit der Armeeführung und des Offizierkorps brauchten viel Zeit, um in dieser Situation ihre Entscheidungen für die Bourgeoisie zu treffen. Jetzt war es auch zu spät, unter Aufgabe des Programms der Unidad Popular noch nach einem Kompromiß zu suchen, der wenigstens einen Teil des bis dahin Erreichten hätte sichern sollen. Die Revolution in Etappen hatte sich selbst zerstört.

Das chilenische Beispiel hat gezeigt, daß die Arbeiterklasse, wo sie einen Teil und nur einen Teil der politischen Macht hat, die Mittelschichten jedenfalls nicht

dadurch politisch neutralisieren oder gar gewinnen kann, daß sie ihnen gegenüber eine Politik der Zugeständnisse und des Vertrauens ohne Kontrolle und ohne Planung betreibt. Das war aber die Bündnispolitik der vorherrschenden Strömung in der Unidad Popular. Ob eine andere Politik mehr Erfolg hätte haben können, läßt sich nicht sagen. Die Kräfte, die eine andere Politik – und auch erst relativ spät – verfochten haben, waren zuerst zu schwach, dann zu zersplittert und zu wenig koordiniert, um sie konsequent durchsetzen zu können.

(nachgedruckt aus: CHILE – NACHRICHTEN, Sondernummer 2

# SPENDET FÜR DEN SIEG DER CHILENISCHEN ARBEITERKLASSE

PSCHK BERLIN-WEST, ELFRIEDE KOHUT, NR. 380 087-108

KENNWORT: HILFE FÜR CHILE

Mit wem sollte sich die chilenische Linke verbünden? Mit wem sollte sich die Masse der armen Landarbeiter, der Slumbewohner, der Minen- und Fabrikarbeiter zusammenschließen? Mit wem konnten sie sich verbünden? Unter welchen Bedingungen?

Miguel Enriquez, der Generalsekretär des MIR - Bewegung der revolutionären Linken - betrachtet es als "Einleitung der Niederlage der Unidad Popular, daß sie versucht, den Mittelstand einfach zu kaufen". Und weiter: "Wie gelingt es uns, Machtverhältnisse zu schaffen, die sich zugunsten der Armen auswirken; wie gelingt es uns, sie in einer so starken Bewegung zu organisieren, daß auch die Mittelklassen mitgerissen werden?"

94 Seiten,  
Fotos und Dokumente  
DM 5.-

**Verlag Roter Stern**  
6 Frankfurt Postfach 18 0147



## CHILE CHILE:

Interview mit dem Generalsekretär des MIR  
Lo Hermda - oder: das häßliche Gesicht des Reformismus  
Erklärung des MIR zum Transport-Unternehmer-Boycott  
Aufruf des MIR vom 13. August 1973  
Resistencia - die revolutionäre Linke organisiert den Widerstand



**Japan:**  
Ikarus führt die "ROTE ARMEE"